

Wer macht Stadt?

Offener Brief an die Zivilgesellschaft in Hannover



Auf dem **Gelände des Nordstadtkrankenhaus** werden Gebäude und Flächen frei. Diese bieten vielfältige Potenziale, auch für das Wohnen. Zugleich hat die Entwicklung dort einen prägenden Einfluss auf die Entwicklung im Stadtteil. Statt die Möglichkeiten gemeinsam zu diskutieren, hatte die Region Hannover einen Alleingang gestartet, einbezogen wurde nur die Uni Hannover, nicht aber der Bezirksrat Nord oder die Einwohner*innen der Nordstadt.

Geplant ist eine „**Tech-Factory**“ auf 25.000qm für Start-ups (Kosten 25 Millionen), dazu noch ein bisschen Studi-Wohnen. Die Regionsversammlung (27.5.25) hat dies erstmal abgenickt, aber ein Einbeziehen der Verwaltung der Stadt Hannover und ein Beachten der „Quartiersentwicklung“ eingefordert. Außerdem darf nun der Bezirksrat Nord bei der Gestaltung der Außenanlagen und der optischen Verbindung zum Stadtteil mitreden.

Ein weiterer Änderungsvorschlag: „**Auch zivilgesellschaftliche Initiativen sind zu beteiligen**“ wurde dagegen von der ganz überwiegenden Mehrheit¹ der Regionsversammlung (27.5.25) abgelehnt. Diese Ignoranz gegenüber den Menschen im Stadtteil und den langjährig für den Stadtteil engagierten Gruppen reiht sich in gegen die Zivilgesellschaft gerichtete Tendenzen ein: Denken wir nur an die gegen Omas-gegen-Rechts, Greenpeace, correctiv u.v.m. gerichteten Anfragen der CDU auf Bundesebene oder in Hannover an die „schwarzen Liste“² zur Erfassung der die Haushaltsplanung kritisierenden Personen.

Aus Sicht der Regionsversammlung ist eine Mitsprache der Zivilgesellschaft anscheinend schlicht überflüssig. Entscheidungsprozesse des „**Stadt machen**“ machen **Regierende und Wirtschaft unter sich** aus.

Wer solch **Brücken, Schulen und Wohnungsmärkte** hat ...

...wer braucht da schon eine Zivilgesellschaft, die auf Missstände aufmerksam macht, Vorschläge kritisch reflektiert oder auch mal Alternativen entwickelt? Dabei wäre ein **Kurswechsel gerade in der Wohnungspolitik dringend notwendig**. Denn die Mieten steigen immer weiter, während die Anzahl an Sozialwohnungen immer weiter sinkt³ und Wohnen als Ware immer mehr der Profitmaximierung dient.

Aber was mit unserer Stadt gemacht wird, das soll die Zivilgesellschaft mal schön **den Profis aus Verwaltung und Tech-Factory überlassen**? Die uns zugedachte Rolle ist eine andere: Die Zivilgesellschaft soll lediglich die negativen Folgen der herrschenden Verhältnisse abmildern.

Was sollen wir?

Wir sollen Tafeln organisieren, aber nicht fragen, warum es immer mehr einkommensarme Menschen gibt. Wir sollen **Obdachlosen im Winter heißen Tee bringen**, aber nicht fragen, warum die Menschen keine Wohnung finden. Wir sollen Nachbarschaftsfeste organisieren, aber nicht fragen, warum unseren Nachbar*innen ihre Wohnungen verlieren.

Wir sollen diese „Demokratie“ verteidigen, aber Mitentscheiden sollen wir nicht. **Wir sollen den „Zusammenhalt“ verteidigen**, aber zur ganz realen Spaltung der Gesellschaft in Menschen mit/ohne Immobilienbesitz schweigen.

Wir sollen Proteste wie in der Leinemasch befrieden, indem wir an runden Tischen sitzen, die

¹ 65 Nein, 5 Ja-Stimmen / 1 Enthaltung

² ‚Schwarze Listen‘ und Kelichs Rücktritt (HAZ 14.12.2024).

³ Für die ärmsten Haushalte sind die Mietkosten am stärksten gestiegen: von 20% des verfügbaren Einkommens vor 30 Jahren auf 36%. Waren damals noch 18% der Wohnungen Sozialwohnungen, so sind es heute knapp 6%.

In Hannover gibt es **drastische Mietsteigerungen**: 2011 wurden noch rund 72% aller inserierten Mietwohnungen für unter 7 €/m² angeboten, 2024: 3%.

aber doch **nichts an der Planung ändern**. Wir sollen zur Wasserstadt Limmer Kompromisse eingehen, die doch wieder zu Gunsten von Investor*innen geändert werden.

Wir sollen mit Straßenfesten „Lust auf Linden-Süd“⁴ machen und wenn die Miethaie dann noch mehr Appetit auf Linden-Süd bekommen, sollen wir auch dort immer mehr Miete bezahlen. **Wir sollen unsere Stadtteile gemeinsam aufwerten, den Wertzuwachs aber klaglos den Immobilieneigentümer*innen überlassen**. Zahlen müssen am Ende die Mieter*innen mit immer höheren Mieten oder dem Verlust des Zuhauses, wenn sie per Eigenbedarfsklage oder Verwertungskündigung „entmietet“ werden.

Diese **Profitlogiken zerstören Nachbarschaften**, aber gerne dürfen wir Nachbarschaftspreise gewinnen und Umsonst-Flohmärkte bei wasmithertz organisieren. Und klar, dürfen unsere Kulturschaffenden auch Preise gewinnen wie die Musik-Kneipe Nordstadtbraut. Einen sicheren Platz in der Stadt haben aber nur diejenigen, die viel Profit machen. Weniger profitorientierte Nutzungen (z.B. Atelier ‚Gelbe Tasche‘, Jugendeinrichtungen wie Mädchenhaus oder Kopi, Projekte wie Unter-einem-Dach, Werkstatttreff Mecklenheide) sind bedroht, müssen aufgeben oder den Stadtteil zu wechseln.

Wir sollen nicht mitreden, wir sollen dankbar sein, dass wir in ein **paar Nischen ein bisschen „Stadt machen“** können: so dürfen wir in der Initiative Hüttenstraße kreativ sein bzw. auch Vahrenwald/Hainholz aufwerten, beim Platzprojekt experimentieren oder unter der Schnellwegbrücke am Bremer Damm ein bisschen musizieren. So ein bisschen Alternativkultur ist schon erwünscht – aber nur solange wir die Verwertungslogik nicht in Frage stellen.

Wir sollen unsere Stadtteile herausputzen, damit sie eine **passende Kulisse für die Tech-Factory und die Profite der Immobilienbranche** abgeben. Flair als Verkaufsargument. „Entmietung“ als Geschäftsmodell.

Was wollen wir?

Bezahlbarer **„Wohnraum für alle“** wäre ein zentrales Ziel von „Stadt machen“. Aber wie oder wo wir wohnen bzw. ob wir überhaupt eine Wohnung finden, soll allein der Markt regeln?

Die Optionen der Kommunen für eine **Wohnungspolitik zu Gunsten der Mieter*innen** wurden in Hannover bisher kaum genutzt.⁵ Wohnungen stehen aus Spekulationsgründen leer und die Abrissbirne macht die Stadt, wie sie der Immobilienbranche gefällt - statt dass wir klimagerecht um- oder weiternutzen.

Für das Nordstadt Krankenhaus wollen wir einen Beitrag für „Wohnraum für alle“ ohne Profite mit der Miete, aber auch **Schutz vor Verdrängung** für den ganzen Stadtteil. Klimagerechtigkeit und Mitbestimmung der Nordstädter*innen müssen berücksichtigt werden. Mit der jetzigen Planung: *„Der Bezirksrat Nord darf mitentscheiden, wo welcher Blumenkübel hinkommt, und die Zivilgesellschaft darf am Ende die Blumen gießen“* werden wir uns nicht abfinden.

Dies wäre ein weiterer Schritt zur investoren-gerechten Stadt mit einer entmündigten Zivilgesellschaft. Wir wollen aber eine **solidarische und klimagerechte Stadt** mit aktiver Zivilgesellschaft.

Offene Briefe dienen oft als Apelle an die regierende Politik. Dieser Brief ist aber bewusst an die Zivilgesellschaft adressiert. Uns helfen keine Apelle und auch keine Alibi-Beteiligung ohne echte Mitsprache. **Eine solidarische „Stadt machen“ braucht Gegenmacht von unten.**

Allein werden wir wenig gegen den „Ausverkauf der Stadt“ ausrichten können. Aber gemeinsam können wir uns ein **Mitgestalten erkämpfen** statt nur die gegenwärtige Umverteilung nach oben⁶ passiv zu erdulden.

Deshalb: **Lasst uns gemeinsam Stadt machen!**

Bumke selber machen (16.6.2025)

⁵ Siehe unsere Kritik am Wohnkonzept 2035:

<https://bumkeselbermachen.noblogs.org/wohnmkonzept-hannover-2035/>

⁶ Allein der Wertzuwachs der Immobilien in den 10 Boom-Jahren ab 2011 betrug 3 Billionen € => 3.000.000.000.000 €

⁴ <https://lust-auf-linden-sued.de/>